

13. Jahrgang / Nummer 1 / Januar 2008

Die Schweigespirale

Wenn Roland Koch sagt, er spreche für die schweigende Mehrheit, dann spielt er offenbar auf eine sogenannte Schweigespirale an, von denen es in Deutschland mehrere gibt. Im Extremfall bewirkt eine Schweigespirale, daß über ein bestimmtes Thema überhaupt nicht gesprochen werden darf (dann handelt es sich um ein Tabu) oder daß vorgegebene Floskeln benutzt werden müssen (dann handelt es sich um Political Correctness).

Man achte auch auf bestimmte Signalwörter: wenn im Fernsehen ein Politiker als „umstritten“ bezeichnet wird, so ist das als Warnung zu verstehen, sich mit ihm zu identifizieren. Linke Politiker, einschließlich die der PDS, werden praktisch nie als „umstritten“ eingestuft.

Gäbe es in Deutschland keine Schweigespiralen, wäre der DeutschlandBrief überflüssig. Wir beklagen sie nicht, sondern stellen sie nur fest, fühlen uns aber nicht verpflichtet, sie zu respektieren.

Wie funktioniert eine Schweigespirale? Nach Elisabeth Noelle-Neumann folgendermaßen:

(1) Weil die Menschen Angst vor Isolation haben, achten sie darauf, welche Meinungen in der Öffentlichkeit gebilligt werden und welche nicht.

(2) Sie halten sich dann mit Äußerungen zurück, wenn sie damit in der Öffentlichkeit auf Ablehnung oder sogar Verachtung stoßen würden.

(3) Ein Spiralprozeß bewirkt, daß das eine Meinungslager immer lauter und selbstbewußter wird, das andere immer leiser.

(4) Die Schweigespirale greift nur bei Themen mit starker moralischer Aufladung. Ohne moralische Begründung kommt der Prozeß der öffentlichen Meinung nicht in Gang. Wer anders denkt, ist nicht dumm, sondern schlecht.

(5) Welche Meinung sich öffentlich durchsetzt, ist nicht unbedingt von der tatsächlichen Größe des Meinungslagers abhängig. Es kann durchaus vorkommen, daß die vorherrschende Meinung von der (schweigenden) Mehrheit nicht geteilt wird. Sie bekennt sich dann eben nicht zu ihrer Meinung – aus Angst vor Isolation.

(6) Der Einfluß der Massenmedien ist enorm. Es hat sich bisher keine Schweigespirale entwickelt, die dem Medientenor entgegenliefe.

(7) Schweigespiralen sind in der Regel nur für einen begrenzten Zeitraum wirksam. Es gibt aber auch sehr langfristige, z.B. in Deutschland die Tendenz, den Wert der Gleichheit höher einzuschätzen als den Wert der Freiheit.

(Siehe dazu: Elisabeth Noelle-Neumann, Die Erinnerungen, Herbig, 2006.)

Bruch eines Tabus: Fremde und Kriminalität

Wer ein bißchen Ahnung hat von der Arbeitsweise der Presse, kann getrost davon ausgehen, daß die jüngste Kampagne gegen Ausländerkriminalität geplant und abgesprochen war – zwischen der *BILD-Zeitung* und dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch.

Das taktische Kalkül mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen ändert freilich nichts daran, daß Koch das Verdienst zukommt, ein besonders zähes Tabu der deutschen Politik gebrochen zu haben – das Tabu, wonach es nicht statthaft sei, offen über Jugendkriminalität unter Ausländern zu sprechen.

Es stimmt zwar, daß Koch, der seit 1999 an der Macht ist, selbst mehr hätte tun können. Denn Polizei, Justiz und Strafvollzug sind Ländersache, nicht aber das Strafrecht. Koch hätte mehr Gefängnisse bauen und mehr Polizisten einstellen können, aber schon gegenüber den oft laxen Richtern war er machtlos. Und daß kriminelle Ausländer äußerst schwer abgeschoben werden können, ist Koch auch nicht anzulasten. Ebenfalls unschuldig ist er an den Mißständen der doppelten Staatsangehörigkeit („Doppelpaß“), die auf einen Kompromiß der Bundestagsparteien aus dem Jahre 2000 zurückgeht.

Daß der Spielraum der Bundesländer begrenzt ist, mußte auch Bayern erfahren. Als der berüchtigte Serientäter Mehmet von der bayerischen Justiz ausgewiesen wurde, war es das Bundesverwaltungsgericht, das die Ausweisung wieder aufhob. „Das hat den zuständigen Behörden und Gerichten den Mut genommen, gegen solche Typen vorzugehen“, sagte kürzlich Peter Gauweiler (CSU) in einem Interview.

Und als **Serkam A.**, ein türkischer Staatsangehöriger, am 20. Dezember zusammen mit einem 17jährigen Griechen einen deutschen Rentner im Münchener U-Bahnhof Arabellapark fast totschiß, stellte sich heraus, daß der Täter einen sogenannten ARB-Status genießt (vergleichbar mit dem von EU-Bürgern) und deswegen nur äußerst schwer ausgewiesen werden kann.

Dazu müßten die Bestimmungen zum Ausweisungsschutz in § 56 des Aufenthaltsgesetzes erst einmal geändert werden – mal sehen, ob die Politiker dies können und wollen, zumal EU-Recht bzw. das Assoziierungsabkommen mit der Türkei tangiert sind.

In Deutschland ist die Bereitschaft, sich vorurteilslos mit einem Thema zu befassen, das schon in den 90er Jahren im DeutschlandBrief behandelt wurde, immer noch unterentwickelt. Dazu paßt auch die Idee, die Täter nicht zu bestrafen, sondern in Erziehungscamps zu besseren Menschen zu machen. Das mag gut gemeint sein, ist aber in größerem Umfang nicht finanzierbar – bei Tagessätzen von mehr als 200 Euro pro Kopf, die in den jetzt schon bestehenden Besserungsanstalten anfallen. Mit dem Geld mehr Polizisten einzustellen und vor allem auf die Straße zu schicken, wäre sinnvoller. Daß es gute und böse, fleißige und faule, intelligente und dumme Menschen gibt – daran wird sich nie etwas ändern.

Es fehlt die Einsicht, daß das Projekt Multikulti kläglich gescheitert ist. Die deutsche Einwanderungspolitik war falsch, weil sie Sozialfälle anlockte, nicht aber Qualifizierte. Die daraus entstandenen gesellschaftlichen und finanziellen Kosten müssen enorm sein, sie wurden nur nie aufgeschlüsselt. Dazu kam die seltsame Vorstellung, die Deutschen müßten sich um die Integration der Ausländer kümmern, nicht so sehr die Ausländer selbst. Oft sind nicht einmal die Kriminalstatistiken wirklich transparent. Man spürt die Absicht der Behörden, zu verschleiern.

Noch in der **Polizeilichen Kriminalstatistik (PSK) für das Jahr 1998** waren die Tatverdächtigen relativ übersichtlich nach Altersgruppe und Staatsangehörigkeit (Deutsche/Nichtdeutsche) aufgeführt. Aber schon damals wurde umgehend hinzugefügt, daß die Kriminalitätsbelastung der Deutschen und Nichtdeutschen wegen unterschiedlicher Alters- und Sozialstrukturen „nicht vergleichbar“ sei. **Warum denn nicht?** Die Angst, die sich in manchen Großstädten breit macht, resultiert aus der absoluten Zahl der Taten. Mit dem Trost, daß verschiedene Tätergruppen „nicht vergleichbar“ seien, kann das Opfer wenig anfangen. Und daß Vergleiche tatsächlich sehr aufschlußreich sein können, werden wir später sehen.

Konsultiert man die jüngste Polizeiliche Kriminalstatistik, nämlich die für 2006, dann ist das Bild erst recht unvollständig. Es fehlen die Tabellen, in denen einzelne Straftaten nach Alter und Staatsangehörigkeit und in absoluten Zahlen aufgeschlüsselt werden.

Immerhin finden sich in der PKS Prozentsätze. Danach war 2006 „immer noch **ein hoher Anteil nicht-deutscher Tatverdächtiger**“ bei folgenden Straftaten festzustellen:

Fälschung von Zahlungskarten	66,8%
Taschendiebstahl	54 %
Gewerbsmäßige Bandenhehlerei	45,5%
Illegaler Handel/Schmuggel mit Kokain	48,3%
Geld- und Wertzeichenfälschung	39,2%
Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung	56,4%

Dies bei einem ausländischen Bevölkerungsanteil von offiziell nur 8,8%! Aber was heißt schon: Ausländer? Der Begriff ist einerseits juristisch eindeutig, andererseits nicht ausreichend für eine saubere Analyse des Problems. Kein vernünftiger Mensch stört sich daran, daß Spanier oder Franzosen oder andere, die sich an die Gesetze halten, in Deutschland leben. Es sind nur wenige Nationalitäten, die in der Kriminalstatistik auffällig werden. Und wenn man die Gewaltkriminalität herausfiltert, bleiben hauptsächlich Täter mit muslimischem Hintergrund übrig – Türken, Kurden, Araber. Vielleicht wäre es sinnvoll, von „Fremden“ statt von „Ausländern“ zu sprechen.

Völlig korrekt wird auf Seite 9 der PSK 2006 bemerkt: **„Die seit langem in Deutschland lebenden und beruflich integrierten Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit verhalten sich meist strafrechtlich unauffällig.“**

Ganz anders die Gruppe der **Asylbewerber** – hier vermerkt die Statistik eine auffallende Neigung zu Ladendiebstählen, Rohheitsdelikten wie Körperverletzung und zum Schmuggel von Heroin und Kokain.

Auch die Untergruppe der **ausländischen Jugendlichen** kommt in der Statistik schlecht weg. Bei den Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, bei Körperverletzungsdelikten und bei der Gewaltkriminalität wiesen nichtdeutsche jugendliche Tatverdächtige „weitaus höhere Anteile als deutsche jugendliche Tatverdächtige“ auf.

Alarmierend: In den letzten zehn Jahren ist die Gewaltkriminalität insgesamt um 15,6% gestiegen, die gefährliche und schwere Körperverletzung sogar um 42%.

Unterschlagen wird meist, daß der „ausländische“ Anteil noch höher wäre, hätten die Behörden nicht en masse eingebürgert und großzügig „doppelte Pässe“ verteilt, wobei bei doppelter Staatsbürgerschaft die Straftat der deutschen Bevölkerung zugerechnet wird.

Das Thema **„Doppelpaß“** ist ein Paradebeispiel für die Raffinesse und Verlogenheit, mit der die Linksparteien ans Werk gingen, um neue Mehrheiten in Deutschland zu schaffen.

Nachdem Roland Koch 1999 im damaligen Wahlkampf die ursprünglichen Pläne der Regierungskoalition durchkreuzt hatte, kam 2000 der bereits erwähnte Kompromiß zustande. Seitdem bekommt einen deutschen Paß, wer am 1. Januar 2000 jünger als zehn Jahre war und wer ab 2000 geboren wurde – vorausgesetzt, ein Elternteil lebt seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland.

Ebenfalls 2000 wurde vereinbart, daß sich die Doppelstaatler nach Vollendung des 18. Lebensjahres entscheiden müssen, ob sie den deutschen Paß behalten wollen, und daß sie spätestens bei Vollendung des 23. Lebensjahres nachweisen müssen, daß sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben haben – sofern sie den deutschen Paß behalten wollen. **Betroffen von**

diesem sogenannten Optionsmodell sind bis 2025 nach jetzigem Stand 330 000 Personen.

Man ahnt schon, wie das in der Praxis aussehen wird: viele werden nicht reagieren und einfach beide Pässe behalten. Daß der Kompromiß von 2000 – trotz gegenteiliger Beteuerungen – von den Linksparteien als Hintertür zur Mehrstaatigkeit gedacht war, steht außer Zweifel. Warum sonst hat die rot-grüne Bundesregierung im Dezember 2001 das Übereinkommen des Euro-Parates zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit gekündigt?

Deutschland hat sich ein Monster-Problem geschaffen: gewaltbereite Parallelgesellschaften in den Großstädten. Die Fakten hat Stefan Luft in seinem 2006 erschienenen Standardwerk „Multikulti“ sorgfältig zusammengetragen und mit Quellen belegt. Zunächst der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an allen Tatverdächtigen in ausgewählten **Großstädten** 2005 (in Klammern Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung):

Frankfurt/Main	57,1% (25,7%)
München	40,8% (23,3%)
Stuttgart	39,8% (21,9%)

Es folgt, ebenfalls für 2005, der **Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger** an einzelnen Delikten in **Berlin** (Ausländeranteil 13,9%) laut Polizeiliche Kriminalstatistik 2005 Berlin:

Mord	43,8%
Totschlag	42,5%
Vergewaltigung	38,5%
Raubüberfälle in Wohnungen	27,7%
Gefährliche/schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen	31,6%
Taschendiebstahl	69,1%
Diebstahl aus KFZ	57,6%
Geschäftseinbruch	50,9%
Urkundenfälschung	45,7%
Sonstiger Sozialleistungsbetrug	51,8%

Daß ausländische Jugendliche häufiger kriminell werden als deutsche, wurde jahrelang mit Hilfe der Kampagne gegen angebliche „Ausländerfeindlichkeit“ verdrängt. Statistiken, die exakte Vergleiche ermöglichen, existieren unseres Wissens nicht auf Bundesebene, wohl aber für Berlin. **In der Hauptstadt sind nichtdeutsche männliche Jugendliche weitaus häufiger kriminell als deutsche:**

2mal so oft bei Straßenkriminalität
3,1mal so oft bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung
3,6mal so oft bei Straßenraub
7,5mal so oft bei Vergewaltigung.

Die Angaben stammen aus der Berliner PKS für 2005. Addiert man Täter mit deutschem Paß, aber ausländischer Herkunft, dann sind die Resultate noch gravierender. **Dann stellt sich heraus, daß 80% der**

Serientäter in Berlin einen Migrationshintergrund haben.

Roman Reusch (der Berliner Oberstaatsanwalt, der am 9.1. nicht bei Frank Plasberg im Fernsehen auftreten durfte) hatte schon 2006 eine „völlig fehlende Unrechtsinsicht“ dieser Tätergruppe beklagt und kommentiert: „Es gibt nur eine einzige Maßnahme, die sie wirklich beeindrucken könnte, nämlich die Haft.“

Vom harten Eingreifen aber hält Rot-grün nicht viel. Dahinter verbirgt sich die Ideologie einer „modernen Vielvölkerrepublik ohne hegemoniale Mehrheit“ (Claus Leggewie) und die Diffamierung des deutschen Volkes als „nationalistisches Konstrukt“ (Christoph Butterwegge).

Immerhin: über die Gewalt gewisser ausländischer Transfer-Empfänger (sie kassieren und schlagen zu) wird jetzt endlich gesprochen. Wird auch durchgegriffen? Das ist zu bezweifeln. Die Gefahr ist real, daß die Großstädte mit der Zeit unsicher werden und daß das alteingesessene Bürgertum in die Vororte und auf das Land ausweicht.

Ohnehin beginnt der Mittelstand zu resignieren.

Eine zunehmende Zahl von hochqualifizierten Deutschen stimmt bereits mit den Füßen ab. 2005 sind fast 150 000 ausgewandert, mehr als jemals seit den 50er Jahren – ein Verlust, der durch den Zuzug meist mittel- loser Migranten ohne Ausbildung inzwischen nicht einmal mehr kompensiert wird. Und da behauptet die SPD in ihrem neuen Programm, Deutschland sei zu einem Einwanderungsland geworden.

Ja, zu was für einem.

(Siehe auch: **Stefan Luft, Abschied von Multikulti – Wege aus der Integrationskrise, Resch, Gräfelting, 2006.**)

Notizbuch

■ Daß in Deutschland ein „**grassierender militanter Linksextremismus**“ existiert, konnte man am 5.1. in der *Neuen Zürcher* lesen: 100 Brandanschläge 2007 allein in Berlin – vor allem gegen Person- und Lastwagen oder gezielt gegen den Fuhrpark bestimmter Unternehmen mit Sachschäden, die bis zu einigen Millionen Euro reichten. Dennoch entschied der Bundesgerichtshof im November, daß es sich dabei nicht um terroristische Delikte handle. Und am 4. Januar entschied das Karlsruher Gericht, daß die Razzien gegen Linksextreme vor dem G-8-Gipfel in Heiligendamm aus formalen Gründen unrechtmäßig waren.

■ 2007 hat der Staat auch dank der größten Steuererhöhung aller Zeiten viel kassiert und sich weniger verschulden müssen. Eine historische Wende ist das nicht, sondern ein konjunkturelles Phänomen. Dazu eine Zahl und ein Zitat. Laut **Guy Kirsch**, der an der schweizerischen Universität Fribourg lehrt, beträgt die „implizite“ deutsche Staatsverschuldung **275,7% des**

Bruttosozialprodukts. Das ist die Summe aus der offiziellen Staatsverschuldung von 64,5% und den künftigen, ungedeckten Lasten aus Rentenversicherung, gesetzlicher Krankenversicherung usw. (Quelle: *FAZ* vom 6.1.2008). **Nun das Zitat:** „Die Regierungen verfolgen keine Ziele mehr; sie wollen die Macht um der Macht willen. Der Staat wird zur Beute der Parteien. Das Volk will Brot und Spiele, und die Regierungen finanzieren beides aus Krediten. Es kommt zur Zerrüttung öffentlicher Haushalte in Friedenszeiten. Die Staatsverschuldung führt ihrerseits zur Geldverschlechterung. Der Staat versucht, Kredite, die er in gutem Geld aufgenommen hat, in schlechtem zu tilgen... Einen Verfall der Geburtenrate wie in den letzten beiden Jahrzehnten hat es in Europa historisch noch nicht gegeben. Die europäische Einigung hätte verkrustete Strukturen aufbrechen können. Statt dessen werden sie lediglich vereinheitlicht und erstarren dadurch völlig... Das Zentrum wirtschaftlicher Macht wird dann wohl in Südostasien liegen mit der Vormacht China. Die Dynamik des gesamten Raumes ist atemberaubend.“ (Quelle: der große Publizist **Wolfram Engels** in der *Wirtschaftswoche* vom 1.10.1993.)

■ Vernichtendes Urteil über die Familienpolitik der Großen Koalition in *Ordo*, Band 58, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dort attackiert **Professor Gerd Habermann** eine „sozialistische Familienpolitik“, die darauf abziele, die elterlichen Funktionen auf „staatlich bezahlte Funktionäre“ zu übertragen und das traditionelle Ideal hausfraulichen Lebens zu diskreditieren. Das geschehe, weil eine „neue Art Mensch“ angestrebt werde, aber auch im Interesse des Fiskus und der Personalbedürfnisse der Wirtschaft. Nach den Auswirkungen dieser Kollektivierung auf das Kindeswohl und nach den Belastungen der Mutter frage niemand. **Der Angriff auf die Autonomie der Familie ist nicht neu:** der Bolschewismus und die chinesische Kulturrevolution wollten sie vollständig auflösen.

■ **Professor Franz-Ulrich Willeke**, der im DeutschlandBrief schön öfters zitiert wurde, hat sich jetzt noch einmal gründlich mit dem Thema der Netto-Beiträge in der EU befaßt. Danach beliefen sich die **Netto-Beiträge Deutschlands** in der EU der 15 von 1995 bis 2003 (gemessen an den operationalen Zahlungssalden) auf 76,711 Milliarden Euro. Das waren 53,6% aller Nettobeiträge in der EU. (Quelle: Franz-Ulrich Willeke, *Tatsächliche und angemessene Netto-Beiträge – Die Europäische Union der 15 Mitgliedsstaaten als Testfall*, Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Band 58 (2007), Heft 2.)

■ Wir haben uns längst daran gewöhnt, daß die Wehrmacht, d.h. die gesamte Kriegsgeneration, im Fernsehen unter Generalverdacht gestellt wird. Deswegen soll einmal daran erinnert werden, daß ausländische Historiker und Experten

das ganz anders sehen. Vor mir liegt ein Schreiben des inzwischen verstorbenen Historikers **Professor Werner Maser** vom 28.4.1998. Darin zitiert Maser eine israelische **Historiker-Kommission**, die mehr als 1000 Militärexperten aus der ganzen Welt nach der „tapfersten und anständigsten Armee“ während der Weltkriege gefragt hat. Gewertet wurden auch: Disziplin, Beachtung des Völkerrechts, Menschlichkeit und Fairneß. **In beiden Weltkriegen landete die deutsche Armee auf Platz 1**, weit vor Russen und Amerikanern. Für den Ersten Weltkrieg erhielten die deutschen Streitkräfte 85 von 100 Punkten, für den Zweiten 93 von 100. Maser fügte hinzu: „Ich muß Ihnen nicht erklären, wie skandalös es ist, daß die deutschen Medien all dies verschweigen.“

■ **Heiner Hofsommer**, ein pensionierter Lehrer aus Hessen, hat das Kunststück geschafft, die deutsche Geschichte der vergangenen 2000 Jahre auf 111 Seiten prägnant und leicht verständlich zusammenzufassen. Das Büchlein richtet sich vor allem an Jugendliche, die im Geschichtsunterricht nichts mitbekommen haben. (Meilensteine der deutschen Geschichte – Ein Leitfaden für die im Geschichtsunterricht „Zukurzgekommenen“, Edition Vademekum, Straelen 2007, 111 Seiten, brosch.)

Spezielles zu den Jahren vor 1939 erfährt man von **General Schultze-Rhonhof** im Internet unter www.vorkriegsgeschichte.de.

Bester Vorabdruck seit langem in der *FAZ*: *Hammerstein oder Der Eigensinn*, von **Hans Magnus Enzensberger**.

■ Zu Recht werden die US-Vorwahlen auch in Deutschland genau verfolgt. Der **amerikanische Präsident** ist tatsächlich der mächtigste Mann der Welt, ausgestattet mit quasi-diktatorischen Vollmachten, die er per **Executive Order** ohne Beteiligung des Parlaments ausübt. Zwar kann der Kongreß die Dekrete mit Zweidrittelmehrheit wieder aufheben, das ist jedoch noch nie passiert. Prominente Beispiele für Executive Orders sind die Einweisung von Tausenden von Japanern, Deutschen und Italienern in Konzentrationslager unter Roosevelt oder der Kosovo-Krieg unter Clinton. Auch Bush jun. hat zahlreiche Executive Orders unterzeichnet, mit denen er z.B. das Vermögen bestimmter Personen und Organisationen beschlagnahmt hat oder ausländische Banken (auch deutsche) unter Druck setzt.

■ **Redaktionsschluß: 12. Januar 2008**

Bruno Bandulet

DeutschlandBrief

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Dr. Bruno Bandulet.
Verlag und Redaktion: Bandulet Verlag GmbH, Kurhausstraße 12, D-97688 Bad Kissingen, Tel. 0971/ 68257, Fax 0971/69056.
Internet: www.bandulet.de, ePost: info@deutschlandbrief.net
Der DeutschlandBrief erscheint in der Regel monatlich. Jahresabonnement EUR 46 inkl. MWSt und Porto innerhalb Europas. Bezug gegen Vorauszahlung. Keine Haftung bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt. Copyright by: Dr. Bruno Bandulet. Titel, Inhalt und Layout sind urheberrechtlich geschützt. Druck: Walz Druck Center, Hammelburg.